

## ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

### *Wir brauchen eine weite Perspektive*

Die in Wien erscheinende Zeitschrift *Neues Forum* veröffentlicht in ihrem Doppelheft 152/153 einen Text von *Fritz Kierner* unter dem Titel „Wo bleibt der Sturm?“. Es ist ein Beitrag zur Diskussion in der *österreichischen Arbeiterbewegung*; aber was Professor Fritz Kierner, hervorragender Repräsentant der österreichischen Gewerkschaften und des österreichischen Geisteslebens, mit erfrischender Deutlichkeit ausspricht, gilt gewiß auch für die Gewerkschaften (und nicht nur die Gewerkschaften) anderer Länder. Wir zitieren die wichtigsten Sätze:

„Zwanzig Jahre Koalition und praktische, sicherlich Erfolg bringende Alltagsarbeit haben zu vielen Mandataren und Funktionären zu wenig Zeit zu geistiger Auseinandersetzung gelassen und sie überdies die praktische Arbeit zu überschätzen verleitet. Unsere Betrachtung der Gegenwart und Zukunft von der Warte des Praktizismus ist konservativ und entbehrt des Schwunges. Kein Wunder, daß wir die Jugend nicht ansprechen.“

Man kann viele Gründe für das Mißgeschick des 6. März anführen, die alle ihre Richtigkeit haben. Entscheidend ist, daß un-

sere Partei ‚an Gesicht‘ verloren hat. Es wieder zu gewinnen, braucht Zeit. Ich bin der Auffassung, daß wir auf breiter Plattform diskutieren sollen. Kritische, nicht diffamierende Auseinandersetzungen können nicht nur zur Klärung der Meinungen, sondern auch zur Gewinnung von Anhängern nützlich sein.

„Der Geist weht, wo er will. Bei uns herrscht wirklich Flaute. Wenn aus Unwillen darüber manche Parteifreunde über die Stränge schlagen, ist das psychologisch nur verständlich. Sie wollen die anderen aus ihrer Lethargie reißen. Mit kühler Sachlichkeit, ohne zu provozieren, glauben sie, nicht beachtet zu werden.“

Heute geht ein großes geistiges Ringen in der Welt vor sich. Alte Gesetzestafeln werden zerbrochen. Die katholische Kirche wird zu einer großen moralischen Macht, der Kommunismus beginnt dem reinen Materialismus abzuschwören, sozialpolitisch verbrämt nimmt die Kapitalakkumulation raschen Fortgang. Spürt man in Österreich etwas von diesem Wirbelwind, der mit der Vergangenheit aufräumt? Wenig, sehr wenig.

Unser neues Parteiprogramm bedürfte einer gemeinverständlichen Interpretation. Viele unserer Beschlüsse und Handlungen sind zu sehr auf den Alltag abgestimmt, wir sollten immer überlegen, wie die Situation in zehn und zwanzig Jahren sein wird. Dann würden wir nicht zu kleine Wohnungen und zu enge

Straßen bauen. Wir brauchen geistig eine *weite Perspektive*.

Die Geister sind im Aufbruch. Aber wir in Österreich streiten — kraß ausgedrückt — um den Fleischpreis. Seien wir allen Freunden dankbar, die die Fenster aufreißen, damit Geist hereinweht.

Auch wenn es dabei zieht. Nur ehrlich sollen wir es dabei meinen; nicht ein scharfer Wind, sondern leise Zugluft ist gefährlich."

### *Lösung für Vietnam*

Noch einmal *Neues Forum*: In demselben Heft (August/September 1966) finden wir eine umfangreiche Abhandlung unter dem Titel „Lösung für Vietnam“. Ihr Verfasser ist *Joseph Buttinger*, bis 1938 österreichischer Sozialist, seit einem Vierteljahrhundert in New York lebend, wo er u. a. das vielbeachtete Werk „Am Beispiel Österreichs“ veröffentlichte und Mitherausgeber der Zeitschrift *Dis-sent* ist. Buttinger, von dem demnächst im New Yorker Verlag Praeger eine zweibändige Geschichte Vietnams erscheint, kennt die Probleme Südostasiens aus eigener Anschauung; er war lange Berater führender Persönlichkeiten der USA bei deren Vietnam-Politik . . . Um so schwerer wiegt, was Buttinger heute über den Krieg in Vietnam und über den einzigen Weg zu seiner Beendigung zu sagen hat.

Wir müssen uns, aus Raumgründen, darauf beschränken, hier einige Absätze aus den beiden Schlußkapiteln seiner Abhandlung wiederzugeben:

„Der Krieg, den wir führen, ist in fast jeder Hinsicht ebenso sinnlos wie jener der Franzosen, aber viel furchtbarer wegen unserer größeren Mittel, andererseits kaum viel wirkungsvoller. Wir zerstören mehr Dörfer, töten mehr Zivilpersonen, benützen mehr Napalm, werfen mehr Bomben, versenken mehr Schiffe, erfassen mehr Quadratmeter mit unserer Politik der verbrannten Erde. Wir können uns den Verlust von 30 Flugzeugen pro Monat leisten — unsere Industrie schätzt sich glücklich, sie ersetzen zu dürfen. Wir unternehmen große Säuberungsaktionen, aber sie enden wie jene der Franzosen: wenn unsere Truppen in ihre Lager zurückkehren, kehren die Guerillakämpfer in die von uns befreiten Dörfer zurück.

280 000 amerikanische Soldaten haben bisher nur einen Effekt erzielt. Sie haben die Niederlage des Regimes in Saigon verhindert. Aber können sie siegen?

Was heißt hier ‚siegen‘? Meint man damit: Bedingungen schaffen, unter denen, in demokratischem Wettbewerb, das Volk ein von Amerika unterstütztes Regime bevorzugt — dann sind die Chancen des Sieges gleich null.

Eine Lehre aus dem Vietnam-Krieg lautet, daß wir mit unserer gegenwärtigen Politik das Volk nicht gewinnen können; eine zweite Lehre

lautet, daß wir unfähig scheinen, diese Politik zu ändern. ‚Siegen‘ kann daher nur heißen: jedermann töten, der gegen uns oder unsere Marionetten in Saigon ist. Wir haben die Mittel, diese Art von Sieg zu erreichen, und wir haben die Überzeugung, daß dies notwendig ist. Keine von uns begangenen Mordtaten, keine von uns geduldeten Folterungen — nichts scheint imstande, das Selbstbildnis unserer moralischen Überlegenheit zu zerstören.

Wir können zwar nicht den Triumph der Demokratie, aber den Triumph des Antikommunismus garantieren, indem wir Vietnam in einen Friedhof verwandeln. Das ist die einzige Art, auf die wir siegen können. Auch das wird Jahre dauern, immer mehr Milliarden Dollar kosten, immer mehr Soldaten, immer mehr Tote, immer mehr Heuchelei der Regierung; dazu die immer größere Gefahr, daß der zweite Indochinakrieg zum dritten und voraussichtlich letzten Weltkrieg führt.

Es gibt eine Alternative. Wir können jenes Heilmittel anwenden, das im Kampf gegen den Kommunismus in Vietnam noch niemals ausprobiert wurde: die Demokratie, in deren Namen wir kämpfen und deren Anwendung wir in Südvietnam bisher nicht zugelassen haben.

Anwendung der Demokratie würde heißen: gesetzliche Zulassung jener Gruppen, welche die ‚Nationale Befreiungsfront‘ bilden, sofortige Anerkennung dieser Gruppen: Verhandlungen mit der Befreiungsfront; Zustimmung zu Wahlen, deren Durchführung einer Regierung obliegt, an welcher die Befreiungsfront teilnimmt.

Die Befreiungsfront kann keinen Wahlen zustimmen, die von der gegenwärtigen Diktatur durchgeführt werden; solche Wahlen würden, wie unter *Diem*, 98% zugunsten dieser Diktatur produzieren, sogar in Regionen, die vom Vietkong kontrolliert werden.

Solange wir obigen Bedingungen nicht zustimmen, wird es keine Verhandlungen geben. Unsere Feinde sind zu stark, als daß sie Verhandlungen akzeptieren müßten, deren Basis die bedingungslose Kapitulation ist, bevor diese Verhandlungen auch nur begonnen haben.

Versuchen wir, was in Vietnam noch nie versucht wurde: die Demokratie. Schaffen wir, mittels Kontrolle durch die Vereinten Nationen, die Bedingungen für freie Wahlen. Was immer das Ergebnis solcher Wahlen sein mag: bleiben wir bei dem Prinzip, zu dem wir uns bekennen, und akzeptieren wir den Spruch des Volkes.

Niemand kann heute sagen, wie dieser Spruch ausfallen wird. Unter ihrer eigenen Flagge werden die Kommunisten in freien Wahlen kaum die Mehrheit gewinnen. Viel-

leicht erreichen sie dieses Ziel zusammen mit anderen Gruppen, mit denen sie sich nach Art des seinerzeitigen Vietminh assoziieren könnten. Auch das würde nicht bedeuten, daß der Süden sich sogleich an den Norden angeschlossen und dem kommunistischen Regime in Hanoi anheimfiele. Nicht alle Südvietnamesen, die gegen uns kämpfen, wünschen die Vereinigung mit dem Norden. Überdies sind wir stark, und unsere Stärke würde keineswegs dahinschwinden, sobald wir am Konferenztisch sitzen.

Weiters: *Ho Chi Minh* ist als Realist bekannt, der des öfteren seinen Willen zum Kompromiß gezeigt hat. Bei Liquidation des Krieges auf dem Verhandlungsweg, wofür wir den Weg durch Konzessionen öffnen müssen, wird auch die andere Seite Konzessionen machen müssen. Eine davon wird sein, daß unser Rückzug Schritt um Schritt erfolgt, eine andere, daß die Wiedervereinigung des Landes erst nach einer Zahl von Jahren zur Erörterung gelangt.

Diese Jahre würden wir nützen müssen, um für das Volk etwas zu tun, desgleichen, um einen regionalen Block von neutralen und nichtengagierten südostasiatischen Nationen zu schaffen, welcher sowohl von den USA wie von der Sowjetunion unterstützt wird. Es würde sich vor allem um einen wirtschaftlichen Block handeln, dem beizutreten Nordvietnam aufzufordern wäre.

Wenn wir nicht imstande sein werden, für das südvietnamesische Volk jenes bessere Leben aufzubauen, welches wir ihm seit einem Jahrzehnt versprechen, dann wird ganz Vietnam schließlich dennoch kommunistisch werden. Nicht wir haben darüber zu entscheiden, ob es für die Vietnamesen besser ist, tot als rot zu sein.

Im übrigen bezweifle ich, daß ein kommunistisches Vietnam, das von den USA nichts mehr zu fürchten hat, zu einem Satelliten Chinas würde. Ich kann mir eine amerikanische Außenpolitik vorstellen, die aus Vietnam das macht, was es in seiner gesamten Geschichte war: eine Barriere gegen das Eindringen Chinas nach Südostasien.

Der erste Schritt einer solchen Politik wäre die Beendigung des Krieges durch unsere Initiative, beginnend mit der Einstellung aller Bombardierungen als erste Voraussetzung für Verhandlungen."

#### *Osteuropa ist anders*

Unter dem Titel „Osteuropa ist anders“ veröffentlicht *Hörfunk und Fernsehen*, die Zeitschrift der Rundfunk- und Fernseh-Union im DGB, in Heft 4 des 16. Jahrgangs (August 1966) einen interessanten Aufsatz über „Rundfunkzusammenarbeit — ein Weg zur Korrektur fehlerhafter Vorstellungen“. Unter Verzicht auf die konkreten Beispiele,

die der Verfasser — Dr. *Raimund Koppin* (Radio Bremen) — aus der Rundfunkarbeit der letzten Jahre gibt, übernehmen wir die grundsätzlichen Abschnitte seines Aufsatzes: „Wie schwer es vielen fällt, sich von den Kategorien des Kalten Krieges zu trennen, verrät die Zählebigkeit des Wortes ‚Ostblock‘. Im Grunde ist es selbst *Stalin* auf der Höhe seiner Macht nicht gelungen, die osteuropäischen Länder mit der Sowjetunion zu einem Monolithen zu fügen, und heute wird stückweise auch die Fassade der Geschlossenheit von den natürlichen Egoismen der Nationen demontiert. Die Völker Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns, Rumäniens besinnen sich in dem Bewußtsein, zu Europa zu gehören, wieder auf sich selbst, ihre Tradition, ihre eigenen Interessen, und ihre Repräsentanten betreten, wenn auch noch zögernden Schritts, die Bühne der europäischen Politik. Das bedeutet, daß sich der Westen neu orientieren muß.

Hierzulande hat man lange Jahre nach dem Krieg von einem geeinten Europa geträumt, ohne den Blick über die Elbe zu heben. Heute hat die Idee eines Rumpfeuropas ihren Zauber verloren. Die osteuropäischen Staaten sind wieder in den Horizont unseres Bewußtseins getreten, und auf der politischen Landkarte zeichnen sich neue Umrisse ab.

Der Prozeß des Umdenkens fordert von den Deutschen im westlichen Teil ihres Landes, sich in einer Realität zurechtzufinden, die nicht wahrzunehmen bisher am bequemsten schien. Ungläubig sehen sich viele den Folgen unserer Vergangenheit konfrontiert. Man darf nicht vergessen, daß besonders unser Verhältnis zu *Polen* nicht erst seit dem Völkermord *Hitlers* gestört ist. Der nationalistische Wahn, der älter ist, hat in den Köpfen vieler nur schwer zu tilgende Vorurteile hinterlassen. Wie die Menschen in den osteuropäischen Länder leben, was sie treiben, was ihre berechtigten Ansprüche gegen uns und die übrige Welt sind, verlangt unsere geschärfte Aufmerksamkeit. Nur so können wir mit ihnen, was zugleich heißt: mit uns selber, ins Reine kommen.

Der Zustand der westdeutschen Ostpolitik legt den Massenmedien erhöhte Verantwortung auf. Sie haben ihr Publikum über die Verhältnisse in den osteuropäischen Ländern aufzuklären, und ihnen obliegt es zugleich, das bestehende Vakuum durch bewußte Akte der Meinungsbildung zu füllen. Der politisch-moralische Aspekt dieser Aufgabe wird von den Rundfunkhäusern wie von einem guten Teil der Presse richtig verstanden.

Eine gründlichere und umfangreichere Berichterstattung wurde möglich, als mehrere osteuropäische Länder in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre westlichen Korrespondenten größere Freizügigkeit gewährten. Die ersten Reisen glichen Expeditionen in exotische Länder. Man trug Beschreibungen dessen, was

rechts und links der Landstraße zu sehen war, nach Hause wie in vortechnischer Zeit. Den Schutthaufen von stereotypen und gehegten Wunschvorstellungen in breiter Linie zu beseitigen, wurde endlich ein Anfang gemacht. ‚Polen ist anders‘ hieß mit einem bezeichnenden Titel eine der ersten Fernsehreportagen aus einem osteuropäischen Land: *Neven du Mont* hat sie 1958 für den Hessischen Rundfunk gedreht.

Es konnte nicht ausbleiben, daß der journalistische Forschungstrieb bei solchen Politikern Unruhe bewirkte, denen die Unkenntnis der Öffentlichkeit nutzt. Das Publikum freilich zeigte sich, so ist es noch heute, aufgeschlossen und interessiert; der Westdeutsche Rundfunk hat festgestellt, daß die Zahl der Zuschauer bei Fernsehfeatures über osteuropäische Länder über dem Durchschnitt liegt.

Vor einigen Jahren bezog die ARD auch die wichtigsten Hauptstädte Osteuropas in das Netz ihrer ständigen Hörfunk- und Fernsehkorrespondenten ein: 1960 Belgrad, 1961 Warschau, 1964 Prag. Die Berichterstattung über die osteuropäischen Länder, die Verkehr mit der Bundesrepublik erstreben, hat sich nach dem Maß des dort überhaupt möglichen Informationsradius bei den meisten Sendern normalisiert ...

Die gemeinsame Arbeit östlicher und westlicher Rundfunkleute, wie sie bei den Programmwochen und neuerdings bei Koproduktionen praktiziert wird, ist in mehrfacher Hinsicht fruchtbar. Sie ist, nicht nur für die Beteiligten, ein Exempel für das Zusammenleben der Völker. Sie gibt beiden Seiten Gelegenheit, die Arbeitsmethoden des anderen kennenzulernen. Und nicht zuletzt werden persönliche Beziehungen geknüpft, die sich im redaktionellen Alltag als brauchbar erweisen. Auf kulturellem Gebiet ist ein reger Austausch in Gang gekommen.

Die vorhandenen Verbindungen zu festigen und neue, auch zu kulturpolitisch vorsichtiger lavierenden Sendern Osteuropas, zu knüpfen, sollte diplomatischer Geduld gelingen; an Phantasie fehlt es unseren Rundfunkanstalten nicht. Daß auch kommunistisch regierte Staaten zu Europa gehören, vermag nichts eindringlicher zu zeigen als Darbietungen ihrer Kultur. Wir würden uns jedoch auf einen neuen Irrweg begeben, sollten wir die bewußtseinsverändernde Kraft von Chopin-Konzerten, Hörspiel-Aufführungen oder geschichtlichen Belehrungen überschätzen. Notwendig bleibt es, daß die westdeutschen Sender verstehen, die politische Anteilnahme der Bevölkerung an der Situation der osteuropäischen Länder zu wecken. Sie dürfen nicht müde werden, ins Bewußtsein zu heben, daß die Interessen der ‚kleinen Leute‘ auf beiden Seiten gerade in den scheinbar trennenden Fragen identisch sind."

### *Hinweis*

Eine eigene kleine Zeitschrift unter dem Namen *Fach* gibt seit vorigem Jahr der Sozialistische Deutsche Studentenbund Köln (Köln-Weidenpesch, Schreinerstr. 58) heraus. In den bisher vorliegenden sechs Heften der fünfmal im Jahr erscheinenden Zeitschrift werden innen- und außenpolitische Themen (Notstandsgesetzgebung, Parteienmonopol, staatliche Parteienfinanzierung, Universitätsneugründung in Bochum, Mitbestimmung, 1. Mai, Vietnam, Cuba, Indonesien, Angola, Südafrika, Rhodesien) in bemerkenswert qualifizierten Beiträgen aus der Feder jüngerer sozialistischer Akademiker behandelt.

W. F.